

**Forschung fördern
Krankheit bewältigen
selbstbestimmt leben**



**PRO RETINA
Deutschland e.V.**

Selbsthilfevereinigung von Menschen
mit Netzhautdegenerationen

Aufruf und Stellungnahme der PRO RETINA Deutschland e.V. zu den behindertenpolitischen Ansätzen rechter Parteien in Deutschland, insbesondere der AfD

Vorwort

Extrem rechte Gruppierungen und Parteien wie die AfD (Alternative für Deutschland) erhalten sowohl in Deutschland als auch europaweit immer mehr Aufwind. Dies stellt für Menschen mit Behinderungen ein ernsthaftes Risiko dar, das bis hin zur Existenzbedrohung gehen kann, wie uns unsere eigene Geschichte lehrt. Anlässlich der bevorstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen erachten wir es als Verein und Selbsthilfeorganisation von Menschen mit Netzhautdegenerationen, auch im Sinne der mit uns verbrüdereten Verbände und Dachverbände, für geboten, vor der Wahl und der Fürsprache rechter Parteien, insbesondere der AfD, deutlich zu warnen.

Wir als Selbsthilfeorganisation legen großen Wert auf eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte und Chancen haben, wie alle anderen. Dies ist auch im Sinne aller grundlegenden Menschenrechtserklärungen, die die Säulen unserer Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft sind: unserem Grundgesetz, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, der europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention.

PRO RETINA Deutschland e. V.

Mozartstraße 4 - 10 · 53115 Bonn
Tel.: (0228) 227 217 - 0 · Fax: (0228) 227 217 - 29
E-Mail: info@pro-retina.de · URL www.pro-retina.de

Sparkasse Aachen
IBAN: DE60 3905 0000 0007 0311 31
BIC: AACSD33

Hauptstadtbüro: Askanischer Platz 4 · 10963 Berlin
Tel.: (030) 206 313 60 · Fax: (030) 206 313 59
E-Mail: partizipation@pro-retina.de

Steuer-Nummer: 205/5783/3312
VReg. Frankfurt am Main Nr.: VR7096

Im diesem Sinne ist es unser Ziel, die von (Seh-)Beeinträchtigungen und Behinderungen betroffenen Menschen zu unterstützen, zu schützen und für ihre Belange einzutreten. Diese Aufgabe erfordert es auch, sich gegen politische Haltungen und Akteure zu positionieren, die Betroffene an den Rand der Gesellschaft drängen, Inklusion verhindern und bereits Erreichtes wieder rückgängig machen wollen.

Wir empfinden es deshalb und auch vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen als dringend notwendig, uns gegen die erstarkende, gefährliche extreme Rechte und insbesondere die sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu positionieren. In deren Positionen und Haltungen bezüglich Menschen mit Behinderungen sehen wir Parallelen zum Euthanasie-Programm der 1936/38er Jahre. Zwar enthalten die gegenwärtigen Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 im Vergleich zu anderen Parteien nur spärliche Aussagen zum Thema Behinderung. Kombiniert man jedoch die wenigen Aussagen mit öffentlichen Äußerungen, insbesondere von AfD-Funktionären, ergibt sich ein höchst besorgniserregendes Bild.

Von den Rechten wird eine Politik verfolgt und propagiert, die auf Exklusion statt Inklusion abzielt. Innerhalb der extremen Rechten und insbesondere der AfD wird Behinderung schon jetzt als eine Last betrachtet, die es für die Gesellschaft zu minimieren gilt. In ihrem Parteiprogramm spricht sich beispielsweise die AfD gegen Quotenregelungen und Antidiskriminierungsgesetze aus, diskriminiert damit Menschen mit Behinderungen und wirft uns in die 1940er Jahre zurück. Insbesondere auch die im AfD-Wahlprogramm festgehaltene Rückkehr zu Sonderschulen für Kinder mit Behinderungen bedeutet de facto die Aussonderung von behinderten Kindern im Schulsystem und damit in höchstem Maße die Diskriminierung der Jüngsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Die Forderungen der Rechten und der AfD nach Absonderung und Isolation von Menschen mit Behinderungen und die Abschaffung unterstützender

Maßnahmen zur Inklusion würden zu einer weiteren Marginalisierung und Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen führen, die unvereinbar ist mit dem oben genannten Rechts- und Wertekanon. Die Ansätze der extremen Rechten und der AfD stehen in krassem Gegensatz zu den Werten von Solidarität, Respekt und Menschlichkeit wie sie in unserem Grundgesetz und den internationalen Konventionen verankert sind.

Für eine funktionierende Gesellschaft sind diese Werte aber unerlässlich und werden von der PRO RETINA mitgetragen. Als Verein und Selbsthilfeorganisation unterstützen wir die Umsetzung der UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention) und begleiten diese. Wir bauen auf Fortschritte, die in den letzten Jahren in Bezug auf Inklusion, Gleichberechtigung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gemacht wurden und stellen uns allen Ansätzen entgegen, die diese Fortschritte in Frage stellen oder rückgängig machen wollen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir als Gesellschaft wachsam bleiben und uns für die Rechte und das Wohl aller Menschen einsetzen, insbesondere derjenigen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind. PRO RETINA bleibt daher fest entschlossen, sich für eine inklusive Gesellschaft stark zu machen und gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung, und damit auch gegen jede rechtsextreme Position zu kämpfen.

Im Weltbild der extremen Rechten wird nicht allen Menschen auf Basis ihres Menschseins Würde und Wert zugesprochen. Stattdessen wird Menschen auf Basis von Hautfarbe, Geschlecht, Gesundheitszustand, Leistungsfähigkeit und sexueller Orientierung unterschiedlicher Wert zugesprochen. Dies zeigt sich auch in der Art, wie rechtsextreme Parteien auf Menschen mit Behinderungen blicken.

Die folgenden Ausführungen sollen dazu beitragen, am Beispiel der AfD die behindertenpolitischen Positionen, die in der extremen Rechten vertreten werden, kritisch zu beleuchten. So wollen wir ein Bewusstsein für die

möglichen drastischen und gefährlichen Konsequenzen ihrer Politik für Menschen mit Behinderungen schaffen.

In den Augen der extremen Rechten stören Menschen mit Behinderungen die Leistungsfähigen in der Gesellschaft

Ziel extremer Rechter ist es unter anderem, Menschen mit Behinderungen aus der Mitte der Gesellschaft auszugrenzen. Sie seien eine Belastung für die Gesellschaft und würden die „Normalen“ bei ihrer Leistungserbringung stören¹. Deshalb sollen Kinder in Sonderschulen unterrichtet werden und Erwachsene ihr Dasein in Behindertenwerkstätten fristen. So in etwa kann man den rechtsextremen Blick und deren Antwort auf Menschen mit Behinderungen zusammenfassen.

In der extremen Rechten werden zudem Quoten, die existierender Diskriminierung entgegenwirken sollen, als leistungsfeindlich und ungerecht abgelehnt. So formuliert es zum Beispiel die AfD in ihrem Grundsatzprogramm². Obwohl die Beschäftigtenquote für Menschen mit Behinderungen nur unzureichend funktioniert, verbessert sie die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Eine Abschaffung dieser Quote würde die Chancen dieser Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt noch einmal deutlich verschlechtern. Für viele bliebe nur eine Tätigkeit in den Behindertenwerkstätten. Genau diese will die AfD ihrem Wahlprogramm entsprechend ausbauen. Dort wären die Menschen mit Beeinträchtigungen unter sich und würden die „Leistungsgesellschaft“ nicht stören³.

Rechtsextreme und -populistische Parteien lehnen außerdem jegliche Antidiskriminierungsgesetze ab. Dies zieht sich durch Grundsatzprogramme von Parteien wie der AfD, der italienischen Lega, der spanischen Vox und dem französischen Rassemblement National (ehem. Front National). Ihre

¹ AfD Programm für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart, 30. April – 01. Mai 2016

² AfD Programm für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart, 30. April – 01. Mai 2016

³ AfD Programm für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart, 30. April – 01. Mai 2016

Abgeordneten stimmen sowohl auf EU-Ebene als auch in Bundestag und Länderparlamenten geschlossen gegen Antidiskriminierungsgesetze.

Keine Inklusion und Teilhabe von Kindern mit Behinderungen

Rechtsextreme und –populistische Parteien lehnen Inklusion als ideologisch motiviert und dem Leistungsprinzip entgegenstehend ab. Das von den Vereinten Nationen verbrieftete Recht auf Teilhabe am Bildungssystem sei in Deutschland durch die Existenz von Förder- und Sonderschulen erfüllt. So heißt es im Grundsatzprogramm der AfD, dass Kinder mit Behinderung besser an Förder- oder Sonderschulen aufgehoben wären, weil Regelschulen Inklusion nicht leisten könnten und dann „normale“ Kinder auf der Strecke bleiben würden⁴. Im AfD „Sozialprogramm“ aus dem Jahre 2020 heißt es: „Bildungsexperimente wie die Einheitsschule und die Inklusion um jeden Preis sind nicht bildungsgerecht und verhindern, dass junge Menschen zu der für sie besten Bildung gelangen können. Die sozialen Sicherungssysteme werden die Folgekosten nicht tragen können. Eine nachhaltige Verarmung und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wird die unabwendbare Folge sein.“⁵

Menschen mit Behinderungen werden demnach nicht als eigenständige Subjekte und Rechteinhaber wahrgenommen, sondern nur vor dem Hintergrund eines vermeintlichen Nutzens für die Gesamtgesellschaft. Es werden die Konsequenzen in Form einer Belastung für die Gesellschaft, aber nicht das Individuum und sein Leben als lebenswert und für die Gemeinschaft als wertvoll betrachtet. Dies ist eine menschenverachtende Vorstufe von Aussonderung und Selektion, die für Menschen mit Behinderungen am Ende existenzbedrohend sein kann, wie uns unsere eigene Geschichte lehrt.

Bei Eltern „neurotypischer“ Kinder werden Ängste geschürt, ob Kinder mit Behinderungen den Lebens- und Karrierechancen der eigenen Sprösslinge nicht schaden. Im nächsten Schritt wird dann die Inklusion von Kindern und

⁴ AfD Programm für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart, 30. April – 01. Mai 2016

⁵ AfD Konzept zur Sozialpolitik des 11. Parteitags der AfD in Kalkar, 28.-29. November 2020

Menschen mit Behinderungen abgelehnt. So wird das Klima der Ausgrenzung weiterbefördert. Dass für jeden jungen und alten Menschen die Erfahrung mit Menschen mit Behinderungen bereichernd und für seine Sozialisation außerordentlich wichtig sein kann, wird ignoriert.

Der AfD-Vorsitzende im Thüringer Landtag, Björn Höcke, hat im August 2023 im MDR-Sommerinterview gesagt, man müsse das Bildungssystem von „Ideologieprojekten“ wie der Inklusion und anderem „befreien“. Es seien Projekte, die „unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen“⁶. Aus seiner Partei erhielt er vielfach Rückendeckung. Auffällig ist bei dieser Aussage, dass auch hier Kinder mit Behinderungen ausgeschlossen werden und in Konkurrenz mit anderen Kindern, die als „unsere“ Schüler bezeichnet werden, gesetzt werden. Es findet damit bereits eine Aussonderung ähnlich wie in den 1930er Jahren statt.

Auch Statements der AfD Niedersachsen zeigen, dass die extreme Rechte eine Gefahr für behindertenpolitische Errungenschaften darstellt. Im Februar 2019 nannte die Partei Inklusion ein „Auslaufmodell“, „ein schwarzes Loch“, eine „Utopie, die zu großen Katastrophen“ führe⁷. 2022 forderte sie erneut, dass „Eine erzwungene Inklusion [...] nicht weiter stattfinden“ darf, sondern „sofort beendet werden“ muss⁸. Einzig Kinder mit Behinderung, die „begabt sind und sich angemessen verhalten können“, sollten an Regelschulen unterrichtet werden. Alle anderen seien in Förderschulen zu unterrichten. Infolge dieser Aussagen der AfD zeigte sich ein breites Bündnis an Sozial- und Behindertenverbänden empört. Auch aus unserer Sicht ist das eine brandgefährliche Sichtweise, von der es nur noch wenige Schritte bis zu der rassistischen Menschenverachtung der Nazis, die jedes Leben nach ökonomischen Prinzipien beurteilt und am Ende von „Ballastexistenzen“⁹

⁶ <https://www.ardmediathek.de/video/mdr-thueringen-journal/mdr-thueringen-sommerinterviews-2023-bjoern-hoecke-afd/mdr-fernsehen/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MjAoMS8oMDk4NDYtMzkwMjgz>, zuletzt besucht am 30.05.2024

⁷ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Was-bedeutet-die-AfD-Politik-fuer-Menschen-mit-Behinderungen,afd3152.html>, zuletzt besucht am 03.06.2024

⁸ AfD Landeswahlprogramm des Landesverbandes Niedersachsen, 2022, S. 56

⁹ [https://www.aerzteblatt.de/archiv/46048/Medizingeschichte\(n\)-Euthanasie-Ballastexistenzen](https://www.aerzteblatt.de/archiv/46048/Medizingeschichte(n)-Euthanasie-Ballastexistenzen)

spricht¹⁰. Die AfD schreckt nicht davor zurück, selbst Kinder auf der Grundlage ihrer vermeintlichen Wirtschaftlichkeit für die Gesellschaft zu beurteilen.

Für Rechte und die AfD gelten manche Behinderungen als ein teilweise durch Migration verursachtes, vermeidbares Übel

In einer kleinen Anfrage der AfD-Fraktion aus dem Jahr 2018 mit dem Titel „Schwerbehinderte in Deutschland“¹¹ erkundigte sich die AfD, wie viele Menschen mit Behinderungen es insgesamt in Deutschland gibt, wie viele davon durch Hochzeiten und Kindeszeugung zwischen Familienmitgliedern entstanden seien und wie viele von diesen Personen wiederum einen Migrationshintergrund haben. Außerdem wurde erfragt, wie viele der in der Bundesrepublik lebenden Schwerbehinderten keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.¹²

Die menschenverachtende rechte Gedankenwelt der Partei wird in der Anfrage sehr deutlich: Behinderungen werden unverblümt und direkt mit Inzucht sowie mit nationaler Herkunft und Migrationshintergrund verknüpft. Eine Konstellation, die die nationalsozialistische, menschenverachtende und zynische „Rassenhygiene“ in Erinnerung ruft, die auch die Grundlage des Euthanasieerlasses von 1939 war. Menschen mit Behinderungen werden zusätzlich zu den ohnehin schwer abzubauenen, herrschenden Vorurteilen in der Gesamtgesellschaft in ein schlechtes Licht gerückt und zu einem vermeidbaren Übel, welches im schlimmsten Fall „eingeschleppt“ wurde, erklärt.

Extrem rechte Parteien und Politiker lassen in letzter Zeit zunehmend die Masken fallen und äußern sich immer wieder auch in nationalsozialistischer Rhetorik. Das beste Beispiel dafür ist der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke, der jüngst für die Verwendung einer nationalsozialistischen Parole verurteilt

¹⁰ <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Euthanasie-Programm-Die-Rassenhygiene-der-Nationalsozialisten,euthanasie100.html>

¹¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/014/1901444.pdf>

¹² <https://dserver.bundestag.de/btd/19/014/1901444.pdf>

wurde¹³. Auch wenn in Bezug auf behindertenpolitische Themen seitens der Rechten noch mit deutlich mehr Vorsicht agiert wird, braucht man nicht viel Fantasie um zu sehen, wie klein der Schritt von einer Ausgrenzung bis zur Vernichtung von Behinderten sein kann. Ein Blick in unsere Geschichte reicht: Behinderte und kranke Menschen wurden während der NS-Herrschaft zunächst separiert, zwangssterilisiert und schließlich unter dem Deckmantel der Euthanasie und der Erlösung von ihren Leiden ermordet. Man sprach ihnen ein nicht lebenswertes Leben zu und gewährte ihnen zynisch den „Gnadentod“¹⁴.

Radikaler Sozialabbau und Stigmatisierung trifft vor allem die Schwächsten

Extrem rechte Parteien und insbesondere die AfD wollen den Sozialstaat als Ganzes stark beschneiden und Unternehmen und Wohlhabende entlasten. In öffentlichen Auftritten zeichnet die AfD, meist vertreten durch die Co-Vorsitzende Alice Weidel, ein düsteres Bild der Zukunft, beschwört wirtschaftliche Katastrophenszenarien herauf und nutzt die geschürten Abstiegsängste der Mittelschicht für die Stigmatisierung von Minderheiten, die dann zu den Schuldigen für die vermeintliche Misere erklärt werden.

Nach Meinung der AfD kann der Staat sich die derzeitigen Sozialleistungen für Bedürftige nicht länger leisten. Sonderbar erscheint vor diesem Hintergrund, dass die AfD beim reichen Ende der Gesellschaft sehr großzügig ist. Die Partei will Bevölkerungsschichten mit großen Vermögen und Einkommen entlasten. Sie ist für eine weitere Senkung der Erbschaftsteuer, gegen eine Besteuerung großer Vermögen und will den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener abschaffen. Generell fährt die AfD einen marktradikalen Kurs. Sie will staatliche Tätigkeit auf ein Minimum reduzieren. Viele öffentliche Aufgaben will sie privatisieren und Regulierungen abbauen. Markt und Konkurrenz sollen es

¹³ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/hoecke-prozess-afd-gericht-halle-100.html>

¹⁴ <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Euthanasie-Programm-Die-Rassenhygiene-der-Nationalsozialisten,euthanasie100.html>, 04.06.2024

richten. Wer besonders auf öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Unterstützung angewiesen ist, hat das Nachsehen.

Fazit: Rechte Parteien in Europa und die AfD in Deutschland stellen eine ernsthafte Bedrohung für Menschen mit Behinderungen dar

Wir müssen wachsam bleiben und uns für die Rechte aller Menschen einsetzen, insbesondere derjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind. PRO RETINA bleibt fest entschlossen, sich im Sinne universeller Werte und Normen für eine inklusive Gesellschaft stark zu machen und gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung zu kämpfen. Die Bedeutung der anstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen darf in Bezug auf die europaweit erstarkende Rechte und insbesondere die AfD in Deutschland nicht unterschätzt werden. Insbesondere die AfD hat sich seit ihrer Gründung zunehmend radikalisiert, gilt in Teilen als gesichert rechtsextremistisch und wird aufgrund dessen vom Verfassungsschutz beobachtet¹⁵. Nun ist sie aufgrund der jüngsten Äußerungen ihres EU-Spitzenkandidaten Krah sogar von der rechtesten aller EU-Fraktionen ausgeschlossen worden¹⁶.

Menschen mit Behinderungen müssen sich möglicher Konsequenzen, die eine Wahl der Rechten und der AfD für sie bedeuten würde, bewusst sein. Sie reichen von der Einschränkung ihrer Rechte und Teilhabemöglichkeiten bis hin zu einer Verdrängung aus der Gesellschaft, einer Einschränkung der Teilhaberechte und der Lebensqualität, die sich insbesondere in Deutschland nicht wiederholen sollte.

¹⁵ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/marine-le-pen-bricht-mit-afd-wie-stehen-andere-rechte-zur-partei-19741451.html>, 03.06.2024

¹⁶ https://www.tagesschau.de/europawahl/parteien_und_programme/maximilian-krah-108.html, 03.06.2024